

los meistern konnte, weil er in des andern tiefste Andacht hinein sprach, wie in eine feierliche Kirchenstille, „wir haben's alle bemerkt!“

Was Friß Schiller bis heute eine begeisterte Buchstabenfolge, ein mystischer Klang gewesen war, was ihm eine prophetische Leuchte, ein Hoffnungslicht in finsterner Kerkernacht gewesen, das stand dort fleischgeworden vor ihm: der Sprecher aller Sehnsucht seiner Zeit! Erhebend und erschütternd war die leibliche Wirklichkeit. Ein menschliches Wesen, gekleidet wie alle andern, hatte das Herrliche vollbracht. Ein Mensch war Goethe. Ein Mensch wie er. Wie groß, wie begnadet war doch das Menschengeschlecht. Und wie lächerlich war's, daß der Herzog von solchem Geiste die Reverenz verlangen durfte. Wie niederdrückend war die Erkenntnis, daß keine Leistung so hoch hob, wie die zufällige Zeugung im fürstlichen Bett. Wie verabscheuenswert, wie blind, wie ungerecht, wie tyrannisch dünig war das Menschengeschlecht. Sie gasteten die Fürsten an, sie bewunderten die schöne Maitresse. Und Goethe? Goethe! Nun ja, er war der Aufspüher der irdischen Macht, der gnädig bewillkommnete Gast des kupplerischen Hofes, der nur dachte, wenn es seinen Freunden galt. Der König im Reiche der Geister stand als geehrter, gütig geduldeter Lakai der ersten Kategorie neben Karl Eugens beleidigender Herablassung. Er, der die Geister in seinem Willen hielt, der sie heulend, jubelnd und rächelnd weinen lassen konnte, wie es seinen machtvollen Worten genehm war, der über Throne und Reiche verfügte in einem kurzen Augenblicke seines inneren Erlebens, der die Weltgeschichte vorauslebte, der war in den Augen der Majestät, in den Triefaugen dieses qualligen Unterters der Menge, eine Karität, eine Absonderlichkeit, an deren herzogeborenen, hirngeschämmerten Werken jeder Kürner anmaßend herumzog und seine kleinliche Meinung maß, wie vorhin der akademische Mistpantfcher.

Aber er wollte sie zwingen. Bettelnd sollte die Meute vor ihm knien und um gnädigste Absolution flehen, die er ihnen verweigern würde. Dreck sollten sie fressen und Staub sollte ihr Getränk sein, wenn sie auf der Folter seines rächenden Werkes lagen. Keine Demütigung durfte zu groß sein, wenn sie nur zum Ziele führte, wenn sie diesen Pöbel, der zu herrschen nicht berufen war, in ihrer Folge in den Abgrund donnerte. „D, meine Augenbrauen sollen über euch herhangen wie Gewitterwolken, mein herrlicher Name schweben wie ein drohender Komet, meine Stirne soll euer Wetterglas sein. Ich will euch die zackigen Sporen ins Fleisch hauen und die scharfe Geißel versuchen. Die Wahrheit sollt ihr hüllenlos sehen, daß ihr zusammenbrecht.“

Gemächlich und faul würden sie auf ihren Stühlen sitzen und bequemes Verdauungsspiel erwarten. „Mort de ma vie,“ würde der Herr sagen, „das heiß ich einen Schwung!“ „Eh, sy“ würde die Mamsell flüstern, „die coiffure der Amalia ist mir zu altmodisch!“ „Sternhagelbataillen, den Keel, den Räuberhauptmann, hättest du sehen sollen, wie er das Mädchel vor dem Hungerturm auf die Erde schmiß!“ würde der Rutscher zum Lakaien sagen, „und dann hat er sie gar erstochen!“ „Sie fiel aber recht artig,“ würde die gnädige Tante sagen, „recht artig und gustös, sur mon bonheur!“ Wenn sie soweit waren, wollte er mit den glühenden Eisen seiner Worte unter sie fahren. Kanaille, Naternbrut und Hyänengezücht!

Und doch! Schön war es, zu leiden unter den nivellierenden Händen des kurzfristigen Alltags. Ja, ja! Schön war es trotz alledem! Schön! Warner und Mahner wollte er sein! In Goethes weltfernen, stolzleidenden Augen, im breiten Grinsen des geladenen Volkes war es Friedrich Schiller klar geworden, daß es nun Zeit wäre sein Lebenswerk zu tun, seine Sendung restlos zu erfüllen: Die „Räuber“ entstanden. Nächte um Nächte und Tage um Tage stritt die schreiende Seele die Mühsale weg.

## Gemeinsam.

Es war ein Wald. Doch sein Boden trug keine Frucht; da war niederes Buschwerk, dicht gedrängt und üppige Schlingpflanzen nahmen den stärksten Stämmen ihre Kraft.

Es war ein klarer Morgen — vor Sonnenaufgang. Viele, viele Menschen standen vor dem Walde. Und an ihrer Spitze eine Schar von Männern. Mit scharfem Blick suchten sie die Stellen, an denen sie in den Wald eindringen könnten, setzten mit festem Hieb die Art an die knorrigen Stämme. Die Menge strömte ihnen nach und trat mit kräftigem Fuß Gestrüpp und Schlingpflanzen nieder. Die Männer wollten Wege bahnen in neues, noch unbetretenes Land; die Sehnsucht der Menschen, die Not, die jene vorwärtsdrängte, hatte sie an ihre Spitze geführt.

Zu einem von ihnen trat ein Mädchen aus der großen Schar: „Ich will dir helfen.“

Aber er wehrte ihr: „Liebst du mich?“

Das Mädchen sah ihm klar entgegen: „Ja.“

„Willst du jede Not mit mir tragen, mir zu Liebe alles Schwere auf dich nehmen, meine Arbeit teilen?“

Das Mädchen hob den Kopf: „Alles — für dich!“

Schatten fiel neben die Gestalt des Mannes und schmerzlicher Ernst lag um seinen Mund.

„Du darfst nicht bei mir bleiben. Laß mich allein!“

Da trat sie zurück von ihm, aber seine Art nahm sie mit sich. Und er ließ sie gewähren.

Tag um Tag arbeiteten der Mann und das Mädchen. Seder für sich. Und wußten nichts von einander. An einem Frühlingmorgen erit kreuzten sich ihre Wege. Von der Arbeit ausblickend sahen sie sich und erkannten einander.

„Du“, staunte das Mädchen, „ich arbeitete. Lange dachte ich nicht deiner. Doch bist ich froh, daß du da bist.“

Warme Freude leuchtete in den Augen des Mannes.

„Du mühtest mich vergessen können, um mich zu finden. Mühtest die Arbeit wollen um ihrer selbst willen, um zu lieben und Liebe zu gewinnen.“

Da trat das Mädchen neben den Mann. Die Sonne warf ihren ersten Strahl über die beiden Menschen. Schulter an Schulter standen sie, schritten in gemeinsamer Arbeit der aufgehenden Sonne entgegen.

## Huttens Beichte.

Von Conrad Ferdinand Meyer.

Hier schreit ich über meinem Grabe nun —  
Hei Hutten, willst du Beichte tun?  
's ist Christenbrauch. Ich schlage mir die Brust.  
Wer ist ein Mensch, und ist nicht schuldbehaftet?  
Mich reut mein allzuspät erkanntes Amt!  
Mich reut, daß mir zu schwach das Herz gestammt!  
Mich reut, daß ich in meine Fehden trat  
Mit schärf'ren Streichen nicht und kühn'rer Tat!  
Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug!  
Mich reut der Tag, der keine Wunde schlug!  
Mich reut — ich streu' mir Aschen auf das Haupt —  
Daß ich nicht fester noch an Sieg geglaubt!  
Mich reut, daß ich nur einmal bin gebannt!  
Mich reut, daß oft ich Menschenfurcht gekannt!  
Mich reut — ich beicht' es mit zerknirschtem Sinn —  
Daß nicht ich Hutten stets gewesen bin!

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

# Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 28

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 14. Juli 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,  
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

## Inhalt:

Das Komplott vom 22. Juni	Seite 209
Der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte	210
Ein Pörrhusstieg	212
Eine Erwiderung. Von W. Meppen	213
Aus unserm politischen Tagebuch	213
Feuilleton: Pierre Hamp † Von H. Roland-Holst	215

## Das Komplott vom 22. Juni.

Die Ereignisse vom 22. auf den 23. Juni, das Verbot der bolschewikischen Demonstration, durch die Mehrheit des allrussischen Kongresses, der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte, der Kampf der sich an diese Ereignisse angeschlossen, alles das wirkt nicht nur ein grelles Licht auf die Lage in Rußland, sondern wird die weitere Entwicklung in der nächsten Zeit stark beeinflussen.

Weshalb organisierten die Bolschewiks für den 23. Juni eine Riesendemonstration des Petrograder Proletariats und Garnisonen? Sie erklären es offen. Das Zentralkomitee bekam eine Kunde nach der anderen von der Gährung im Proletariat und der Armee, von den stattfindenden und sich vorbereitenden Demonstrationen einzelner Fabriken und einzelner Stadtteile. Es konnte die Augen darüber nicht verschließen, daß die Gründe für diese Gährung vorhanden sind, daß die Arbeiterschaft Ursache hat, ihre Unzufriedenheit mit der provisorischen Regierung auszudrücken, wie mit der Mehrheit des Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrates, die die Regierung unterstützt. So beschloß das Zentralkomitee der Bolschewiks die Demonstration, um die Kräfte des Proletariats Petrograds zu zentralisieren, um der Gährung einen klaren Ausdruck zu verleihen.

Die Mehrheit des Arbeiter-Delegiertenrates schreit von einer geheimen Vorbereitung der Demonstration. Es ist wahr, daß die Bolschewiks es nicht für nötig hielten diese Mehrheit über die Vorbereitung zur Demonstration zu informieren: es war doch zum guten Teil eine Demonstration gegen die Politik dieser Mehrheit. Seit wann gibt man vor einer Demonstration Visitenkarten bei dem ab, gegen den man demonstrieren will. Aber von irgendwelcher Geheimnistuerei konnte keine Rede sein, da an den Vorbereitungen Tausende von Menschen teilnahmen, da doch die Agitation Hunderttausende auf die Beine stellen sollte. Es sollte keine friedliche Demonstration sein, die Regimenter sollen doch bewaffnet auftreten, rufen die Sozialpatrioten. In allen Demonstrationen des revolutionären Rußlands treten die Sol-

daten bewaffnet auf, trotzdem waren diese Demonstrationen friedlich. Die Kräfte der Konterrevolution konnten die Demonstration ausnützen zu ihren Demonstrationen, erklärt der Aufruf der Mehrheit. Und bei den späteren Verhandlungen des Delegiertenrates beriefen sich die Bolschewiks auf die Aufrufe einer obskuren Zeitung: „Maklenkaja Gazeta“, die zu Demonstrationen für eine militärische Diktatur aufforderte. Darauf antwortete schon das Zentralkomitee der Bolschewiks: wenn ihr konkrete Nachrichten über konterrevolutionäre Machinationen habt, nun, dann hebt doch die Spelunken der Konterrevolutionäre aus — verbietet aber nicht Demonstrationen gegen die Konterrevolution.

Wenn sich die Mehrheit des Kongresses in ihrem Aufruf damit begnügt, das Recht der Bolschewiks zu besonderen Demonstrationen zu bestreiten, die eventuellen schlechten Folgen dieser Demonstrationen zu denunzieren, und sie daraus den Schluß zieht, der Kongreß müsse solche besonderen Demonstrationen verbieten, so war das alles dem rechten Flügel der Mehrheit ungenügend.

Der Minister Teretelli, der faktische Führer dieser Mehrheit erklärte, es handle sich um ein Komplott der Bolschewiks, dessen Zweck es war, die Regierung mit Waffengewalt zu stürzen. Gegen dieses Komplott könne man nicht mit Worten ankämpfen, sondern mit Taten. Was für Taten Herr Teretelli im Auge hatte, sagte er nicht. Genosse Kamjennow antwortete ihm im Namen des Zentralkomitees der Partei: Wenn das wahr ist, was Sie sagen, lassen Sie uns doch festnehmen und vor ein Gericht stellen. Aber Teretelli wagte nicht, diese Forderung zu stellen, er traf auf den Widerstand seiner eigenen Garde, die dann beschloß, eine Kommission einzusetzen, die die Begleitumstände der verbotenen Demonstration untersuchen soll. Damit ist aber bewiesen, daß alles, was die Herren Sozialpatrioten bisher von der Gefahr der konterrevolutionären Ausnutzung der Demonstration sprachen, von dem Komplott der Bolschewiks, eine Flinkerei war.

Aber ein Komplott gab es am 23. Juni doch. Es war das Komplott der sozialpatriotischen Führer der Teretelli, Skobelew, Kerenski, Tschernow, Dan, Tschcheidze mit den kapitalistischen und junkerlichen Mitgliefern der „revolutionären“ Regierung, ein Komplott mit den Ententeregierungen gegen das russische Proletariat. Am 23. Juni schrien sie so von der Gefahr der Konterrevolution, von den desorganisatorischen Taten der Bolschewiks, weil sie schon in den vier Wänden ihrer ministeriellen Kabinette, geheim vom Volke, die Offensive

beschlossen haben. Sie haben beschlossen, die russischen Arbeiter und Bauern auf die Schlachtbank zu führen und da konnte ihnen eine imponierende Demonstration des Petrograder Proletariats und Garnison das Spiel zerstören. Das war das Komplott. Und wir zweifeln nicht daran, daß die schwankenden Internationalisten, die Genossen Martov u. Co., unter dem Druck der Mache, unter dem Einfluß des hysterischen Schreiens der Zeretelli dafür eintraten, daß den Parteien, die dem Delegiertenrat angehören, das Recht selbständiger Demonstrationen, ohne Zustimmung der Mehrheit, nicht gegeben werde, einsehen werden, daß dies das Aufgeben des Kampfes gegen die Komplotte der Sozialpatrioten ist.

Die Bolschewiks haben auf den Beschluß des Arbeiter-Delegiertenrates ausdrücklich geantwortet, daß sie auf die Freiheit der Aktion nicht verzichten. Der Delegiertenrat ist ein Block von Parteien von verschiedener sozialer Zusammensetzung und die Bolschewiks werden auf die Freiheit der Aktion auch dann nicht verzichten, wenn die Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte die Macht in die Hände nehmen.

Trotz dieser Erklärung hat die sozialpatriotische Mehrheit des Kongresses sich bisher nicht entschlossen, gegen die Bolschewiks vorzugehen, denn sie überzeugte sich aus den Berichten ihrer eigenen Delegierten, die alle größeren Fabriken und die Regimenter besuchten, welchen Eindruck ihre Beschlüsse in den Massen gemacht haben. „Ihr seid gekauft von der Bourgeoisie“ — diesen Vorwurf mußten die Abgesandten des Delegiertenrates überall hören. Da die Sozialpatrioten nicht wagen gegen die Bolschewiks vorzugehen, muß sie versuchen, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie beschlossen für den 1. Juli eine allgemeine Demonstration gegen die Konterrevolution zu organisieren. So lange sie mit den Führern dieser Konterrevolution zusammen in der Regierung sitzen, solange sie nicht wagen sozial gegen die Konterrevolution vorzugehen — sofortige Konfiskation des Grund und Bodens, Kontrolle der Produktion — solange dienen solche Demonstrationen nur zur Einschläferung der Volksmassen.

Deswegen haben die Bolschewiks in den Demonstrationen, die am 1. Juli stattfanden, besondere Lösungen aufgestellt: die Gewalt den Delegiertenräten, die Kontrolle über die Fabriken den Arbeitern, kein Sonderfriede mit den Deutschen, aber auch keine geheimen Verträge mit den englischen und französischen Kapitalisten! Nieder mit der Offensive!

Als die Demonstrationen stattfanden, kamen die ersten Nachrichten von der russischen Offensive. Es werden nicht viele Tage vergehen und die Arbeiter Rußlands wie der Internationale werden die Möglichkeit haben sich zu überzeugen, wer wirklich der Konterrevolution und wer der Revolution dient. Möge nur diese Feststellung nicht zu viel Opfer erfordern.

Ein von der Redaktion der „Prawda“ am 2. Juli abgefügtes Telegramm meldet:

„Die am 1. Juli vom allrussischen Kongreß organisierte Friedensmanifestation verwandelte sich in eine wirkliche proletarische Demonstration, die das volle Ueberwiegen der Bolschewiks in Petrograd bewies. Die Teilnehmer waren ausschließlich Arbeiter und Soldaten. Die

210

Bourgeoisie verberg sich. Es nahmen 4-50000 an der Demonstration teil. Die ungeheure Mehrheit sprach sich für die ihr kundgegebenen bolschewikischen Lösungen. Die Demonstration bezeugt den vollkommenen Bankrott der Politik des Bündnisses mit der Bourgeoisie und den bestimmenden Einfluß der Bolschewiks in Petrograd.“

Die Helsingforscher „Wolna“, das Organ des Helsingforscher bolschewikischen Komitees berichtet, daß die Demonstration in Helsingfors eine Demonstration für die revolutionäre Taktik war. „Die Zeit des Wankens ist vorüber... Das revolutionäre Helsingfors hat den richtigen Weg betreten... Aber man darf nicht vergessen, daß das erste Wort gesagt wurde. Weitere müssen folgen.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Veranstaltung der Demonstration in ganz Rußland am 1. Juli dem allrussischen Kongreß abgerungen wurde durch den Protest der Petersburger Arbeiter gegen das Verbot der Demonstration am 23. Juni. Und mit vollem Recht schreibt das führende Organ der Konterrevolution, die „Kjetich“ am 27. Juni: Die Sozialpatrioten scheinen sich an das Rezept zu halten: similia similibus curantur (Gift wird mit Gift kuriert). Nachdem der Kongreß für drei Tage alle Demonstrationen verboten hat, organisiert er selbst eine... Dieser Beschluß zeigt noch einmal die Nachgiebigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte den Bolschewiks gegenüber.

Bezeichnend ist noch ein Moment: in der eben zitierten Nummer der „Wolna“ vom Dienstag, den 3. Juli, finden wir vor dem Bericht über die Demonstrationen folgenden Artikel: „Im letzten Augenblick erhalten wir die Nachricht, daß Kerenski einen Aufruf zur Offensive herausgegeben hat.“ Darauf folgt der Protest der Redaktion: „Das was anfangs laut, dann im stillen vorbereitet wurde, wird jetzt ausgeführt. Die revolutionäre Demokratie Rußlands, die gegen das Angriffsabenteuer protestiert hat, bekommt eine Antwort von Kerenski, der den Willen der russischen, französischen und englischen Kapitalisten erfüllt. Die russische Bourgeoisie sieht, daß ihre Macht wankt, daß sie ihren Händen zu entsallen droht — und sie wirft die Bölder aufeinander. Das darf nicht geschehen! Der energichste Protest ist nötig. Es darf kein Tropfen Blut im Interesse der Bourgeoisie vergossen werden! Mit dem vollen Bewußtsein der Wichtigkeit des Moments wiederholen wir die Losung der Demonstration des 1. Juli: Fort mit der provokatorischen Politik der Offensive!“

In diesem Moment handelt es sich für uns nicht um die Richtigkeit dieses politischen Urteils. Worauf es uns ankommt, ist die Tatsache, daß der im Auslande am 1. Juli schon bekannte Beginn der Offensive in Helsingfors erst am 3. Juli bekannt wurde. Die russische Bourgeoisie und die Sozialpatrioten suchten zu verhüten, daß sich die Demonstration vom 1. Juli zu einem Schlag gegen die Offensive verwandle.

## Der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte.

Der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte von ganz Rußland hat stattgefunden, und er bestätigte voll und ganz die Taktik, die bisher von

der Mehrheit des Petersburger Rates befolgt wurde: die Taktik des revolutionären Sozialpatriotismus.

Der Sieg des Sozialpatriotismus stand von vornherein fest: von 781 stimmberechtigter Kongreßteilnehmer gehörten 297 der Partei der Sozialisten-Revolutionäre (einer kleinbürgerlichen Partei, die sich auf das Bauerntum zu stützen sucht), 253 den Menschewiks (einer opportunistischen sozialdemokratischen Partei), 10 dem jüdischen Arbeiterbund, 3 der Gruppe Plechanows an. Auf der Gegenseite standen 100 Bolschewiks, 32 Menschewik-Internationalisten, die unter Martows Führung kämpfen, 10 der sogenannten Sozialdemokraten, die sich um den Genossen Trozky sammeln. Wenn man die verschiedenen parteilosen Elemente den Sozialpatrioten zu rechnet, so standen gegen 600 Mann des sozialpatriotischen Blocks zirka 150 revolutionärer internationaler Sozialdemokraten gegenüber.

Wie erklärt sich dieses Ueberwiegen des Sozialpatriotismus auf dem Kongreß? Bei der Beurteilung der Delegiertenräte der jetzigen Revolution gilt es, sich ein für alle mal von der Erinnerung an die Arbeiter-Delegiertenräte des Jahres 1905 zu befreien, die eine reine Vertretung des Proletariats waren. Der schnelle Sieg der Revolution des Jahres 1917 war der Tatsache zu verdanken, daß das sonst vollkommen zersplitterte Bauerntum, durch den Krieg in der Armee zusammengefaßt da stand und dank den unerhörten Leiden, die es in drei Jahren des Krieges zu erdulden hatte, gegen die zarische Regierung aufgebracht war. Nachdem der Zarismus in der Armee keine Unterstützung fand, galt es, die Armee mit der Arbeiterklasse zu verbinden, um es den konterrevolutionären Elementen unmöglich zu machen, sich auf die Soldaten zu stützen.

So wurden überall in den Städten, wo Garnisonen vorhanden waren, gemeinsame Delegiertenräte gebildet, und die Delegierten der in der Front entstehenden Soldatenräte entsendend ihre Delegationen zum allgemeinen Kongreß der Delegiertenräte. Die Armee ist in ihrer Mehrzahl bäuerlich, dazu kommt noch in Betracht, daß sie eine größere Vertretung hat, als die Arbeiterschaft, da das Interesse, sie möglichst eng mit der Arbeiterschaft zu verbinden, es am Anfang der Revolution angezeigt sein ließ, jeder auch geringen Militäreinheit eine Vertretung im Delegiertenrate zu gewähren, was jetzt zu ändern verhältnismäßig schwierig ist. Auch die Arbeiterschaft ist keineswegs die alte geblieben.

Da ein großer Teil der Arbeiter eingezogen wurde, in den drei Kriegsjahren auf den Schlachtfeldern fiel, in Gefangenschaft geriet und ihre Stellen von Leuten vom platten Lande, von Hausdienern, Kutschern usw. besetzt wurden, da weiter die Frauenarbeit sehr zugenommen hat, so hat man mit einer Umschichtung der Arbeiterschaft zu tun, die das Niveau des Klassenbewußtseins momentan sehr gedrückt hat.

Es ist klar, daß in diesen Bedingungen die Arbeiter-Delegiertenräte kein Parlament der Arbeiterklasse, geschweige denn der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sind, sondern daß sie die gesamte Demokratie repräsentieren, die in einem Lande wie Rußland in ihrer großen Mehrheit kleinbürgerlich ist. Nun ist es offensichtlich, daß in einem Lande, wo das Bauerntum noch revolutionär ist, weil es um Grund und Boden der Großgrundbesitzer

kämpft, keine ernst zu nehmende revolutionäre Partei den Bauern den Rücken zuzehren kann, daß die Schaffung gemeinsamer Delegiertenräte mit den Soldaten den Interessen der Revolution entspricht. Aber das schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß bei der Disproportion der Soldaten- und Arbeitervertretung, beim Fehlen besonderer Arbeiterräte, in denen sie ihre Linie selbständig bestimmen würden, die Politik des Proletariats ihre selbständige Orientierung verloren hat, dem Proletariat die Gefahr droht ins Schlepptau der kleinbürgerlichen Politik genommen zu werden.

Diese Gefahr wurde erhöht durch die ungeheure Kompliziertheit der Lage, in der sich Rußland befindet. Der Krieg läßt sich ohne Zweifel durch Rußland einseitig nicht beenden. Aus seiner Hölle führen praktisch zwei Wege hinaus: die Verständigung der kapitalistischen Regierungen unter einander, oder der proletarischen Revolution. Der erste Weg bedeutet aber, unter den gegebenen Verhältnissen, da England und Frankreich an Verständigung mit Deutschland nicht denken, nichts anderes, als daß die provisorische Regierung und die sie unterstützende Mehrheit des Kongresses die imperialistischen Regierungen zu überzeugen suchen müssen, daß sie an die öffentliche Meinung der Ententeländer appellieren. Die Grenzen dieses „Kampfes um den Frieden“ sind den Führern des Sozialpatriotismus vollkommen klar.

Wir sind überzeugt — erklärte in seiner Kongreßrede Zeretelli — daß wir keine Schritte unternehmen dürfen, deren Resultat ein Bruch mit den Verbündeten wäre... da meines Erachtens als den schlechtesten Ausgang der Friedenskampagne, als einen viel schlechteren, wie es selbst die Verzögerung des Friedensschlusses wäre, ein Separatfrieden mit Deutschland anzusehen ist. Da der Entente dieser Standpunkt wohl bekannt ist, kann sie solange den Krieg verschleppen, bis sie zum Frieden durch andere Ursachen genötigt sein wird. Die russische Revolution schätzt sich als Friedensfaktor aus, soweit man vom bewußten Handeln, nicht von den spontanen Wirkungen der Revolution spricht. Aber dieser Standpunkt der Sozialpatrioten wird von der kleinbürgerlichen Masse verstanden, denn er überträgt die Friedensarbeit in die Hände der Diplomatie und den Ministern, und die kleinbürgerliche Masse traut den eigenen Kräften überhaupt wenig zu.

Der revolutionäre Weg, den die Bolschewiks den Massen zeigen, hat zur Vorbedingung das Ergreifen der Macht durch das Proletariat und das Kleinbürgertum, in einer wirtschaftlich und politisch denkbar schwierigsten Lage. Er erfordert heroische Maßregeln, er sagt der Masse offen, daß trotz dieser Maßregeln die Revolution vom vereinigten europäischen Imperialismus erdrückt werden kann, wenn inzwischen die europäische Arbeiterklasse nicht zur Aktion übergehen sollte. Der kleinbürgerliche Gedanke schreckt vor der zweifellos gigantischen Aufgabe, die Gewalt in die Hände zu nehmen, zurück, er schreckt zurück vor der Aussicht, gegen die Bourgeoisie, gegen den Adel, nur auf die Kräfte der Arbeiter, Bauern und eines Teils des städtischen Kleinbürgertums gestützt, das Riesenreich mit zurückgebliebener Kultur während einer Weltkrise zu reorganisieren, es aus dieser Krise hinauszuführen. Sie zittern bei dem

211

Gedanken, daß die Bourgeoisie ihnen die Gewalt überlassen könnte, um sie zum Fall zu bringen.

Und wie es immer die Kleinbürger getan haben, stecken sie den Kopf in den Sand, suchen sich einzureden, daß die Gefahr keinesfalls besteht. Was sie morgen tun werden, wenn die Lotterwirtschaft der provisorischen Regierung die Volksmassen zur Verzweiflung treibt, daran wollen sie garnicht denken, obwohl das Bewußtsein, daß dies jeden Augenblick eintreten könnte, ihnen den Schlaf aus den Augen jagt.

So hat die Mehrheit der kleinbürgerlichen Elemente des Delegiertenkongresses die Politik des Sozialpatriotismus gutgeheißen: Unterstützung der Koalitionsregierung der Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Kleinbürger, Verhandlungen mit den Verbündeten wegen des Weges zum Frieden, d. h. im innern und äußern Bündnis mit den Kapitalisten natürlich zur „Rettung der Revolution“, rücksichtsloser Kampf gegen die proletarischen Elemente, die sich um die Bolschewiks gruppieren, der Kampf gegen die Anarchie, natürlich auch „im Interesse der Revolution“.

Im Jahre 1905 gab es keinen Augenblick — schreibt mit vollem Recht Genosse Trotsky in seinem Organ Wpierod — wo das Proletariat so isoliert war, wie jetzt. Im Dezember 1905 war das Proletariat genötigt die entscheidende Schlacht anzunehmen, bevor die Reserven der zurückgebliebenen Massen in Land und Stadt heraneilen konnten. Aber es war keine Rede von einer Feindschaft dieser erst erwachenden Massen gegen das Proletariat.

Heute ist das erreicht worden. Und wenn man annehmen würde, daß die politische Entwicklung weiter in derselben Richtung gehen wird, in der sich die Führer des Arbeiter-Delegiertenrates bewegen — auf dem Wege der Vereinigung der kleinbürgerlichen Massen mit der Bourgeoisie und der Isolierung des Proletariats für die Sünde des Klassenkampfes, so müßte man annehmen, daß der höchste Punkt der Revolution schon überstiegen ist, daß wir systematisch in die konterrevolutionäre Epoche hineinkommen, die eingeleitet wird durch das Experiment eines von oben eingeleiteten Bürgerkrieges. Aber zum Glück ist es nicht so.

Es wäre ein großer Fehler die weitere Entwicklung der Bauernmassen nach den durch und durch konservativen Auffassungen der Mehrheit des Kongresses zu beurteilen. Die Ereignisse sind viel stärker als die Ansichten. Die vierte Duma war genötigt gegen ihren Willen die provisorische Regierung zu bilden. Auch der Kongreß der Delegiertenräte, und die von ihm gewählten Führer, können sich genötigt sehen, entgegen dem eigenen Überglauben, von neuem an die Frage der revolutionären Gewalt heranzutreten und sie ganz anders als bis jetzt zu lösen.

## Ein Pyrrhussieg.

Auf der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Köln ist eine für die deutsche Arbeiterbewegung denkwürdige Schlacht geschlagen worden. Herr Schlicke behauptete in ihr mit den Seinen das Schlachtfeld. Er holte sich ein „Vertrauensvotum“, das mit 64 gegen 53 Stimmen beschlossen wurde. Der

Sieg war so glänzend, daß ein konstitutioneller Minister sich ernstlich überlegen würde, ob er seines Amtes Bürde noch weiter schleppen soll. Der Verbandstag ist eine Etappe im treibenden Arbeitsprozeß der Arbeiterklasse.

Ein übertrieben unzulänglicher Bericht liegt in der Presse über die Verhandlungen vor. Er wird der Bedeutung der Tagung nicht im mindesten gerecht, denn er gibt aus den Debatten kaum einen zusammenhängenden Gedankengang, sondern nur spärliche gelegentliche Redewendungen. Da er auch wohlbedachterweise die Mitteilungs der oppositionellen Resolutionen unterläßt, ist es uns nicht möglich, über den Charakter der von dem fanatischen Zentrumsmann Ditzmann-Frankfurt geführten Opposition zu fällen. Sollte er sich decken mit dem Inhalt der auch außerhalb des Verbandsrahmens bekannter gewordenen Berliner Resolution, so würde uns das bestärken in der Auffassung, daß es auch in den Gewerkschaften eines heftigen Kampfes bedarf, nicht nur um die klassenkämpferischen Elemente zum Siege, sondern auch um sie zur Erkenntnis der geschichtlichen Notwendigkeiten zu führen. Diese Resolution lautet:

„Die Aufgaben der Organisation sind bedingt durch ihre Stellung zur privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, in der die Klassengegensätze wurzeln und sich immer mehr verschärfen. Die Organisation hat sich zu betätigen nicht nur zur Milderung der der Arbeiterschaft erwachsenen Leiden und zur Förderung der Augenblicksinteressen, sondern zur entgeltigen Befreiung der Arbeiterschaft. Die Lösung dieser Aufgabe ist nur auf dem Boden des Klassenkampfes möglich. Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stellt sich auf diesen Boden und weist alle Versuche entschieden zurück, die geeignet sind, die Organisation in andere Bahnen zu leiten. Sie erwartet vom Vorstand und allen Funktionären und besonders von der Schriftleitung der „Metallarbeiterzeitung“, daß bei ihrer Stellung zu den Unternehmern wie zu der Regierung dieser Charakter nicht verleugnet wird. Wohl erkennt die Generalversammlung an, daß zur Besserung und Hebung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder in der Gegenwart ein Faktieren mit den Gegnern erforderlich ist, dieses hat sich in dem durch Charakter und Wesen der Organisation bedingten Rahmen zu bewegen und darf niemals zur Preisgabe von Grundfragen und Rechten führen. Zusammenwirken zwischen Arbeitern und Unternehmern darf immer nur vorübergehend als Mittel zum Zweck geschehen, niemals Selbstzweck werden.“

Die Demokratie ist die Grundlage der Organisation, der Wille der Mitglieder das oberste Gesetz. Die Funktionäre können nur das Werkzeug des Willens der Mitglieder sein. Das schließt jede Instanzenpolitik aus. Den Mitgliedern muß innerhalb der Organisation das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet sein. Auch müssen die Versuche, den Mitgliedern außerhalb der Organisation eine bestimmte politische Meinung vorzuschreiben, entschieden zurückgewiesen werden. Ebenjowenig darf die Organisation selbst auf eine bestimmte politische Richtung festgelegt werden. Die Stellung der Organisation zu politischen Fragen ergibt sich aus ihrem Charakter.

Die Generalversammlung konstatiert, daß sich die Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum während der Kriegszeit noch mehr verschärft haben und

die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert hat. Sie stellt weiter fest, daß die Regierung die durch das Ernährungs-gesetz und den Belagerungszustand gegebene Macht benutzt hat, die Rechte der Arbeiter ohne zwingenden Grund zu beschneiden oder ganz aufzuheben, was am schärfsten in der Aufhebung der Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche zum Ausdruck kommt. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen kann die Generalversammlung das Verhalten der Vertreter der Gewerkschaften im Reichstage nicht billigen. Diese haben sich mit Anregung und Protesten begnügt, zugleich aber dieser Regierung jede Unterstützung gewährt und dabei die wichtigsten politischen Grundrechte preisgegeben. Gegen diese Haltung, besonders bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes, erhebt die Generalversammlung den allerschärfsten Protest.

Die Generalversammlung protestiert weiter gegen die Versuche der Generalkommission und der Vorstandskonferenz, die Gewerkschaften auf die Politik vom 4. August festzulegen und den Mitgliedern eine bestimmte politische Meinung vorzuschreiben, wie es durch die Beschlüsse und Kundgebungen vom 23. Juni und 5. August 1915 geschehen ist. Diese Versuche führen zu einer unheilvollen Instanzenpolitik und untergraben die demokratische Grundlage der Organisation.“

Die Resolution holt sehr weit aus und versucht die Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit festzulegen. Aber dabei kommt sie über Allgemeinheiten, wie Klassenkampf, nicht hinaus. Dazu sind heute denn doch die Verhältnisse zu weit gediehen, als daß man sich in der Gewerkschaftsbewegung an der einfachsten Konstatierung: Nie Klassenkampf — dort Regierungspolitik! oder: Nie Demokratie — dort Instanzenpolitik genügen lassen könnte. Es ist ja nicht allein das Ueberhandnehmen der Bürokratie in den Gewerkschaften, nicht allein das Ruhebedürfnis, das den Standesinteressen der Angestellten (durchaus das bezeichnende Wort) entspricht, auch nicht bloß ihre absolutistischen Gelüste, welche die Gewerkschaftskrise hervorgerufen haben. In Wirklichkeit konnten diese Erscheinungen nur deshalb so überwuchern, weil sich der alten Art des Gewerkschaftskampfes immer engere objektive Grenzen zogen. Gerade der Metallarbeiter-Verband hat es wiederholt am eigenen Leibe erfahren, daß dem modernen Riesenkapi-tal mit den Mitteln des reinen gewerkschaftlichen Streiks nicht mehr an den Krügen zu kommen ist. Dieses Notwendigste, die Kritik der Kampfmittel und Kampfmethoden fehlt in der Resolution. Es fehlt in ihr die Feststellung, daß die Zeit reif ist den Qualismus in der Arbeiterschaft, der eine beständige Ursache von Reibungen und Widerständen ist, aufzuheben in der Methode zunächst und insfolgedessen auch in der Form der Organisation.

Ob diese Gedanken auf dem Verbandstage von der Opposition ausgesprochen worden sind, geht aus dem Bericht nicht hervor. Aber die Herrschaften an der Spitze des Verbandes fühlen die Konsequenzen der Attacke gegen sie. Schon in seiner einleitenden Rede führte Schlicke aus:

Man will den Verband von seinem bisherigen Gang abdrängen und ihm eine andere Marschroute geben. Wir betrachten den Streik als Kampfmittel, das dort anzuwenden ist, wo eine gütliche Verständigung nicht möglich ist. Nun sollen wir Streiks führen zu rein politischen Zwecken, um Zwecke der Demonstration gegen Erschei-

nungen, die außerhalb des Rahmens der Bestrebungen unserer Organisation liegen. Es ist planmäßig darauf hingearbeitet worden, die Arbeiter zu Streiks zu veranlassen; planmäßig wird Mißtrauen gegen die Leitung der Gewerkschaften gefät zu dem ausgesprochenen Zweck, um die Gewerkschaften nachher politischen Demonstrationen dienstbar zu machen.

Es ist begreiflich, daß Schlicke nicht verstehen kann, weshalb künftig wirtschaftliche gewerkschaftliche Ziele nur durch politischen Kampf, Kampf und nicht bloß Parlamentsgerede erreicht werden können. Ebenso begreiflich ist, daß er über Demonstrationen in der Politik nicht hinausdenken kann, er, der sich ja selbst in der Gewerkschaftspolitik schon auf eine reine Demonstrationstaktik zurückgezogen hat. Aber immerhin merkt er, weil er im Zuge steht, sehr gut, woher der Wind weht, so sehr auch noch die Opposition vor der Klarlegung der Dinge und der rücksichtslosen Konsequenz zurückschreit. Die Linksradi-kalen haben noch tüchtig zu tun, um Licht in die Köpfe der Massen zu bringen. Sie werden dabei von der überzeugenden Sprache der Ereignisse kräftig unterstützt werden.

Diese Erkenntnis hilft auch über die offenbare Schwächlichkeit der Opposition hinweg. Noch hat diese Opposition durchaus keine innere Festigkeit. Für ein ausdrückliches Vertrauensvotum konnten sich von 117 Delegierten 53 nicht entschließen. Aber schon bei der Abstimmung über einen von Liebmann vorgeschlagenen Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands gingen 9 Opponenten zur anderen Seite über. Diese Neun nahmen also nicht etwa Anstoß daran, daß der Aufruf an denselben Mängeln leidet, wie die oben abgedruckte Resolution. In ihm werden die gewerkschaftlichen Arbeiter aufgerufen, dafür zu sorgen, daß in ihren Organisationen wieder der alte Kampfesgeist und das alte Selbstbewußtsein einkehren, die den freien Gewerkschaften vor dem Kriege ihre Kraft und Stärke gaben. Bitter notwendig brauche die Arbeiterklasse selbständige, von den Regierungen und von den bürgerlichen Parteien unabhängige Organisationen. Daher solle jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter dafür sorgen, daß seine Organisation diesen Anforderungen wieder entspreche. Noch deutlicher zeigte sich die Schwachmütigkeit der Opposition bei der Vorstandswahl, die für die alten Bürokraten 81 gegen 35 Stimmen ergab.

Trotzdem zeigt sich deutlich, daß der Verbandstag für Schlicke ein Pyrrhussieg gebracht hat, und bei dem heutigen Sichüberstürzen der Ereignisse dürfte er kaum noch zu einem solchen Siege kommen, um verloren zu sein. Bei so entschlossenen Leuten, wie die Gewerkschaftsbürokraten im Gegensatz zur Opposition sind, heißt das natürlich: Rüstet für den Kampf bis zum Äußersten. Schon drohte Schlicke an, daß gegen die Kollegen, die gegen das Statut verstößen, vorgegangen werden soll. Nach dem musterhaften Vorgehen in der „alten Partei“ kann man sich also auf eine artige Regerverfolgung gefaßt machen. Zugleich hat sich der Vorstand eine neue Schanze gebaut durch einen erweiterten Beirat, der ganz in der gewöhnlichen antidemokratischen Weise zusammen-gesetzt wird, welche die Industriezentren, die Träger der modernen Idee, durch die Klein- und Mittelbetriebe be-vormundet. Der Verbandstag beschloß nämlich den bis-

herigen Beirat als engeren Beirat zu belassen und einen erweiterten Beirat zu schaffen. Diesem sollen außer den zum engeren Beirat zählenden Personen angehören: je ein Vertreter aus den Bezirken bis zu 25 000 Mitgliedern, je zwei Vertreter aus Bezirken bis 50 000 Mitgliedern und je drei Vertretern aus noch größeren Bezirken. Diese Vertreter werden auf Bezirkskonferenzen gewählt. Der erweiterte Beirat soll bei allen wichtigen, das Gesamtinteresse des Verbandes berührenden Fragen zusammenberufen werden.

Die Position der Gewerkschaftsbureaucratie ist also erneut gestärkt worden. Aber vielleicht führt gerade die stärkere Rüstung zu umso kräftigeren Ansturm und baldigeren Fall der Bureaucratie. Bredche ist schon gelegt.

## Eine Erwiderung.

Auf die Richtigstellung des Genossen Borchardt zu meinem Artikel über die Ursachen der Teuerung habe ich kurz folgendes zu bemerken:

Wenn ich sagte, Borchardts Schrift „Woher kommt das Geld zum Kriege?“ habe die Grundlage für meinen Aufsatz gegeben, so sollte sich das nur auf das in ihr gesammelte, ausgezeichnete Material beziehen. Die Schlüsse daraus habe ich gezogen. Es würde sehr interessant sein, über die Funktion des Papiergeldes im kapitalistischen Warenverkehr ausführlich zu debattieren. Für solche Zwecke reicht jetzt der Raum dieser Zeitschrift nicht aus. Es ist aber auch nicht unbedingt nötig, weil Hilferding in seinem Finanzkapital (Abschnitte über das Geld, Seite 1-74) die Rolle des Geldes eingehend und scharfsichtig untersucht und seine Auffassungen so einleuchtend begründet hat, daß auch Borchardt dadurch gewiß überzeugt worden wäre, wenn er auf meinen Hinweis eingegangen wäre. Hilferdings Untersuchungen ermöglichten es mir, in den Schlußfolgerungen weiter zu gehen, als Borchardt. Zu dem Schlusse, daß Borchardt die heutige Papiergeldwirtschaft für kapitalistische Anforderungen nicht als ungesund ansehen, veranlaßte mich sein beständiger Hinweis auf die Golddeckung. Dazu kommt die ausdrückliche Betonung, daß nach dem Stande vom 30. Juni 1916 die Dritteldeckung vollkommen gewährleistet sei und die Finanzlage in Deutschland wegen dieser Tatsache viel günstiger sei, als in anderen Ländern (Seite 47). Zwar weist er dabei auf die starke Vermehrung ungedeckter Banknoten hin, aber das scheint er nur zur Begründung der Preissteigerung zu benutzen und nicht zu einem Urteil über die innere Sicherheit der deutschen Finanzwirtschaft. Borchardt operiert beständig mit dem Begriff der Deckung, ohne auch nur einmal ihre Rolle in der Papiergeldwirtschaft zu bewerten, oder sich mit dem landläufigen Auffassungen der bürgerlichen Ökonomen auseinanderzusetzen. Wer sich über diese Fragen unterrichten will, dem möchte ich das Studium von Hilferdings Finanzkapital dringend anraten.

W. Meppen.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

7. Juli.

Kanzlerkrise! So raunt und tobt es, je nach Temperament und Parteilichkeit durch die Presse. Sturm gegen den Kanzler von links, der bisher von den Alldeutschen und ihren Anhang demagogischerweise als Gefangener der Sozialdemokratie — umgekehrt wird bekanntlich ein Schuh daraus — bestürmt und begeistert wurde. Dunkle Gerüchte von Außerordentlichem, von noch nie Dagewesenem in der Geschichte des Reiches schwirren umher. Andeutungen, Behauptungen und Widerrufe folgen hart aufeinander. Noch ist also kein klares Bild darüber zu gewinnen, was eigentlich vorgefallen ist. Wir werden deshalb die Sache ausführlich behandeln sobald

sich klar sehen läßt. Nur zwei Bemerkungen: Es scheint uns, als sei die Ursache der gemäßigten Erregung, aus der man sogar so etwas wie Temperament bei deutschen Volksvertretern spürt, eine Befürchtung. So auch, wenn die „Bosnische Zeitung“ schreibt: „Niemand kann sich der Einsicht verschließen, daß die öffentliche Meinung müde ist, noch weiter der Art und Weise ruhig zuzusehen, in der das deutsche Staatschiff jetzt geteuert wird. In solchen Tagen bestünde die größte Gefahr darin, daß die berufene Vertretung des Volkes der Willenslosigkeit verfiel.“ Die Furcht scheint nicht unbegründet zu sein.

Noch interessanter ist die Mitteilung, eine Abordnung von 6 Mitgliedern der alten sozialdemokratischen Partei sei zum Reichskanzler gelaufen und habe eine strikte Erklärung verlangt: daß er nur einen Verteidigungskrieg führe, daß er jederzeit in Friedensverhandlungen auf Grund des status quo ante nach allen Seiten eingehen wolle, daß er schließlich das parlamentarische Regime unter Berufung führender Abgeordneter aller Parteien zu Ministern und außerdem das Reichstagswahlrecht in Preußen einführen wolle.

Die Forderung parlamentarischer Minister aus allen Parteien, ein Aufgeh der Verteidigungsministerien in Ententeländern, stimmt auffällig überein mit einer Forderung, die dieser Tage in der Breslauer „Volksmacht“ erhoben wurde. Also, Herr Scheidemann, den Sprung gewagt! Hinauf auf den Ministerseffel!

8. Juli.

Herr Bernstein hat sich während seiner Rückkehr von Stockholm interviewen (auf deutsch: aushorchen) lassen, ob er mit der Mission der Unabhängigen zufrieden war. Er meinte bedenklich kleinlaut: „Ich glaube mit Ja antworten zu können.“ (Hört, hört!) Es seien nämlich in den „Unterhaltungen“ (Verhandlungen hat es nach Bernstein überhaupt nicht gegeben) mit den Imperialisten a la Branding und Troelstra eine Reihe irriger Auffassungen berichtigt worden. Wer wird nun noch daran zweifeln, daß die Gruppe Internationale recht tat, die Beschickung der Konferenz für nötig zu halten. Die Prostituirung unter die Sozialpatrioten hat Erfolg gehabt. Einige Richtigstellungen! Prost Wahlzeit!

Aber auch sonst kann die Internationale Gruppe auf die Erfolge ihrer Einigung mit den Unabhängigen stolz sein. Wir weisen schon darauf hin, daß diese für alle pazifistischen Zauber eintreten, den auch die Internationale Gruppe für eitel Humbug hält. Bernstein untertreibt diesen Pazifismus noch und hofft noch immer auf den „Verständigungsfrieden“ der Regierungen. Aber was unterscheidet sie denn dann von den Scheidemannern? Ist ihre Opposition wirklich nur Monopol an Mut zur Konsequenz und Brotneid gegenüber den glücklich Besitzenden, wie der Vormärts behauptet? Es scheint so.

9. Juli.

Herr Groener hat in Frankfurt vor Industriellen eine Rede gehalten, in der es heißt:

„Wir, die wir reine Kriegerarbeit zu leisten haben, das Heer, die Heeresverwaltung, die Industrie und was damit zusammenhängt, wir haben kein Recht, vom Frieden zu reden. . . . Wir müssen absolut unsern Arbeitern klar machen, daß es nur eins für uns gibt, daß sie arbeiten, solange noch ein Soldat draußen steht. Es ist eine Stimmung in der Arbeiterschaft, die mir nicht gefällt. Ich verstehe es ja, Friedenssehnsucht ist überall und selbstverständlich auch in der Arbeiterschaft, aber wir müssen unserer Heimarmee klar machen, daß es das für uns nicht gibt. Den Frieden machen andere Leute, wir haben Waffen und Munition zu schaffen!“

Den Krieg haben andere Leute gemacht, den Frieden machen auch andere Leute. Das ist eine Auffassung, die einen wie Anno Tobak anmutet:

Vertrauet eurem Magistrat,  
Der treu und liebend schützt den Staat  
Durch huldreich, hochwohlweises Walten.  
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.

Als Herr Groener auf der Bildfläche erschien, da schnalzte die Herrschaffen um Scheidemann mit der Zunge: Endlich ein Militär, d. h. ein Mann mit gesundem Verstand und ohne Klassenurteile.

10. Juli.

Zwischen der ausländischen Vertretung des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratie (Bolschewiks), den Genossen Hancski, Orlovski, Radek und den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands den Genossen Haase, Ledebour und Herzfeld fanden Verhandlungen über die bevorstehende internationale Konferenz des Arbeiterdelegiertenrates statt. Die Aussprache bewies — was von vornherein anzunehmen war — daß zwischen dem Standpunkt der Bolschewiks und dem des deutschen Parteizentrums

keine Einigung möglich ist. Während die Bolschewiks jede gemeinsame Arbeit mit den Sozialpatrioten ablehnen, wollen die deutschen Unabhängigen den Frieden durch Verhandlungen mit den russischen, französischen und englischen Sozialpatrioten fördern. Die Teilnahme der deutschen Sozialpatrioten an dieser „Friedensarbeit“ ist ihnen natürlich sehr unangenehm, aber für das Glück der Zusammenkunft mit den Vätern der russischen Offensiv nehmen sie — natürlich unter Protest — auch dieses Malheur mit in den Kauf. Die russische Arbeiterschaft möchte erfahren, welchen Standpunkt die Spartacusgruppe diesem Entschluß der Unabhängigen gegenüber einnimmt. Jetzt wird es sich zeigen, ob die Spartacusgruppe ihre politische Selbstständigkeit wirklich bewahrt hat, wie sie es behauptet.

Wir werden zu der Frage der internationalen Konferenz des Arbeiterdelegiertenrates demnächst ausführlich Stellung nehmen.

11. Juli.

Einem Briefe eines Pariser Genossen entnehmen wir folgende Schilderung der bekannten Vorgänge in der Pariser Mai-Verammlung:

Das Volksgewissen erwacht. Ihr werdet wohl von der Verammlung am 1. Mai gehört haben, welche die Liga der Menschenrechte zu Ehren der russischen Revolution in Paris veranstaltete. Sie hat garnicht den Erwartungen ihrer Veranstalter entsprochen. Die Kundgebung gegen die Vandervelde, Jouhaux und anderen Maulhelden ist wirklich großartig gewesen und das ist umso bezeichnender, als sie keineswegs vorbereitet war. Man traf dort die verschiedensten Leute (6000 Personen), besonders französische, belgische und russische Soldaten in großer Zahl und viele alte Arbeiter. Auch viele Bourgeois waren dort, aber die Verammlung hätte einen noch volkstümlicheren Charakter gehabt, wenn sie im Trocadero abgehalten worden wäre. Der Zorn der Menge richtete sich hauptsächlich gegen die Ueberläufer unter den Sozialisten. Vandervelde, von den Führern der Liga veranlaßt, bemühte sich trotz des Tumults zu sprechen: er sprang herum wie ein Besessener und brüllte: Es lebe Belgien! Es lebe Serbien! Es lebe Rumänien! usw., während das ganze Publikum ihn verhöhnte und den Frieden forderte. Nur 500 Personen, das Komitee einbegriffen, unterstützte ihn. Auf der Bühne schrie Maria Verone, als wenn sie am Spieß stäke; sie und andere Mitglieder stürzten sich auf Severine, welche gerade ankam und noch nicht gesprochen hatte, indem sie ihr vorwarfen, daß sie die Verantwortung für diese Kundgebungen trüge. . . . Es gelang erst die Menge zu beruhigen, als man auf der Bühne eine Sängerin erscheinen ließ, welche russische Lieder, Volkslieder und Liebeslieder sang; aber nach einiger Zeit der Ruhe verlangten die Russen die Revolutionshymne, welche unter der größten Stille vorgetragen wurde; man sah Russen, welche weinten. Eine ungeheure Beifallskundgebung folgte.

Seit dieser Zeit werden Renaudel, welcher mit seiner Rede nichts erreichte und die Anhänger der Majorität nicht wieder ruhig, sie wollen unbedingt glauben machen, daß dieser Aufruhr des öffentlichen Gewissens das Ergebnis einer geheimen Abmachung ist. — Was sie fernerhin weiter macht, ist ein Flugblatt, in welchem die Redaktion des „Natschalo“ diesen Sozialisten einige sehr harte Wahrheiten sagt, diesen Sozialisten, welche heute die russische Revolution verherrlichen, nachdem sie, wie Herne gestern geschrien haben: „Es lebe der Zar!“, oder nachdem sie die Russen aufgefordert haben, ihre Propaganda gegen den Zarismus vorläufig einzustellen, wie Vandervelde. . . . .“

12. Juli.

Die Haltung der Bolschewiks zur Affäre Grimm wurde im Arbeiter-Delegiertenrat durch den Genossen Zinowjew dargestellt. Genosse Zinowjew stellte fest, daß die Bolschewiks nicht mehr über die Affäre wissen, als was die Zeitungen am 16. Juni veröffentlichten, d. h. das Telegramm Hoffmanns an Grimm. Genosse Zinowjew mißbilligt, daß Grimm die Tat Hoffmanns zu charakterisieren abgelehnt hat und sieht darin einen Beweis seiner Inkonsistenz als Internationalist. Der Internationalismus erfordert in erster Linie den Kampf gegen die eigene Regierung. Aber für Inkonsistenzen im Internationalismus darf man Leute nicht mit der entehrenden Ausweisung strafen, am wenigsten dürfen es die sozialpatriotischen Minister tun. Diese Rede Zinowjews zeigt, wie sehr im Unrechten die „Berner Tagwacht“ ist, wenn sie die 120 Stimmen, die gegen die Ausweisung Grimms fielen, als Solidaritätsakt mit Grimm auffaßt.

Wir wollen noch unterstreichen, daß unsere Genossen in Petrograd im Moment ihrer Stellungnahme nicht wußten, daß sich Grimm auf diplomatischem Wege an Hoffmann um Informationen gewandt hatte. Die endgültige Stellungnahme der Partei wird nach Abschluß der Arbeiten der Untersuchungskommission erfolgen.

## Feuilleton

### Pierre Hamp †.

Von H. Roland-Holst.

Eine große Zahl begabter Schriftsteller ist auf französischer Seite im Weltkriege gefallen. Soviel wir wissen gehörten sie alle ohne Ausnahme in ihrer Arbeit der herrschenden Klasse an; alle stellten sie in ihrer Kunst die reaktionären Strömungen vor, welche anfangs dieses Jahrhunderts unter dem Intellekt der jüngeren Generation kräftig emporkamen: der Neu-Katholizismus, Mystizismus, Nationalismus und Royalismus. Der Einfluß von Anatole France nahm ab in dem Maße wie jener von Borries zunahm und der Stern des süßlichen und gekünstelten Pagan stieg am Horizont empor.

Pierre Hamp bildet eine Ausnahme unter den jüngeren französischen Schriftstellern. Er gehört dem Proletariat, er ist der Darsteller jenes Geistes des echten revolutionären Arbeitersozialismus in Frankreich geworden, der nach 1900 in der syndikalistischen Bewegung auflebte. Wie die besten Repräsentanten dieser Bewegung, er gehörte zu den Kreisen der „Vie Ouvriere“, die kleine aber ausgezeichnete Zeitschrift von Merheim und Monatte, zog er die Schleier weg, mit welchen Demokratie, Tradition und Phrase die gesellschaftlichen Gegensätze in Frankreich umhüllen und durchschaute diese bis auf ihren Kern. Und dasjenige, was er klar und deutlich sah, mußte er in schlichter, originaler und eigener Art zum Ausdruck zu bringen.

Zusammen mit Romain Rolland ist Hamp ohne Zweifel der bedeutendste erzählende Schriftsteller der jüngeren französischen Generation. Eine eingehende Vergleichung der Werke beider würde interessant und lehrreich sein. Rolland steht in der Welt des Geistes da als eine edle, etwas schwache Nachblüte aus einem vorigen Zeitalter, einer jener letzten alleinstehenden idealistischen Ideologen und bürgerlichen Kosmopoliten, dessen Lebenstragödie die entsetzliche Einfachheit ist, welche der Weltkrieg rings um sie schuf. Hamp hingegen wurzelt fest und stark im Boden der gesellschaftlichen Wirklichkeit seiner Zeit.

In seinem ersten Werke „Vieille Histoire“, (Alte Geschichte), einer Sammlung von Novellen aus Nordfrankreich, meistens Geschichten von Zollbeamten und Schmugglern, tritt seine einfache, beherrschte und schönungslos aufrichtige Erzählungsweise meisterhaft hervor; es sind ergreifende Darstellungen vom Leben aus der Grenzgegend, sprudelnd vor innerer Wahrhaftigkeit. Nach diesen Prälubien fing Hamp sein großes Werk an, die Darstellung der „Mühsal des Menschen“ (La peine des homes). Drei Bücher hat er diesem Thema gewidmet. Das erste „Le Rail“, schildert das Leben der Eisenbahnklaven der französischen Nordlinien, den Anfang zum großen Eisenbahnstreik von 1910, den Streik selbst und dessen trauriges Ende. Das zweite: „Maree froide et vin de champagne“ (Frische Fische und Schaumwein) besteht aus zwei Erzählungen, von denen die erste das schwere Leben der Arbeiter in der Fischerei beschreibt, das andere die Existenz der Arbeiter in den Weinfabriken, wo der berühmte französische Schaumwein fabriziert wird. Beide Erzählungen schließen mit einem schroffen Gegensatz, die Darstellung mit wenigen scharfen Zügen jener Mühsiggänger und Parasiten, welche in grobem Genuß den frischen Seefisch und den perlenden Wein verfreßen. Diese Skizzen bilden unter allen Arbeiten Hamps am meisten ein abgeschlossenes Ganzes, literarisch gehören sie zum Besten, was er geschrieben hat.

Der dritte Teil seiner Trilogie, „l'Enquete“ behandelt, wie der Titel zeigt, in der Form einer Untersuchung, die Lebensbedingungen des elenden durch Kirche und Alkohol demoralisierten Textilarbeiter in Roubaix.

Aufklärerisch oder tendenziös im wahren Sinne ist auch diese letzte Arbeit Hamp's ganz und gar nicht. Keine Theorien und keine Deklamation, keine donnernden Anklagen gegen den Kapitalismus und ebensowenig ein übertriebenes oder imaginäres proletarisches Heldentum. Nichts von dem. Mit furchtbarem Ernst, mit bitterem Sarkasmus, mit erschütterndem Mitleid werden Tatsachen dargestellt, Lebensverhältnisse geschildert. Unter der kühlen sachlichen Form, so wie „Le Rail“ hat auch „l'Enquete“ völlig den Charakter einer Vorstudie zu späteren Arbeiten, raft der heftige Zorn über die gesellschaftliche Unterdrückung, die herzlose Gewinnucht der Fabrikanten, die Heuchelei der frommen Philantropen, die abscheulichen Praktiken der Mietenjäger und der Verkäufer von Alkohol, große und kleine, welche alle zusammen sich vereinen, um das Volk zu vergiften, bis zu den „Militanten“ der Partei und der Gewerkschaften. Hamp schont nichts und niemanden in seiner Darstellung der gräßlichen Wahrheit, auch nicht die Führer eines „sogenannten Sozialismus“, der es nicht weiter bringt als zur antiklerikalen Wahlkampagne, oder zur leeren Deklamation gegen die Lohnherren. Und man hört in tiefster Tiefe seine Seele klagen und sich ängstigen, bange fragend, wie diese degenerierte Masse je auferstehen wird zu vernünftigen Wollen, Selbstzucht und Empörung. Die Gewisheit des Sozialismus leuchtet nicht sanft und trostvoll über der Arbeit Hamp's. Dazu sah er zu scharf, zu schonungslos und war sein Thema zu speziell, waren die proletarischen Massen in Nordfrankreich, inmitten welcher er als Arbeitsinspektor lebte, zu tief herabgesunken in Trunksucht und Gleichgültigkeit, Roheit den Menschen, Grausamkeit den Tieren gegenüber, waren sie zu jämmerlich zerrütet und pauperisiert.

Ohne Erbarmen hat Hamp die Lebenssphäre des tiefsten Elends dargestellt, worzwischen nur vereinzelt ein Schimmer von tapferem Kampf, Solidarität und Standhaftigkeit gegen Unrecht aufglüht. Seine Worte sind schneidend wie scharf gewetzte Messer, durchsichtig und hart wie Bergkristall. Romain Rolland wird neben ihm so wohl wichtig wie leer.

Aber die peinlich unbarmherzige Darstellung des Lebens dieser abgequälten Proletarier wird doch von einem Lichtschein umleuchtet: das geweihte Licht des Heroismus der Arbeit. Nicht an erster Stelle als Kämpfer hat Hamp den Arbeiter darstellen wollen, sondern als Erhalter des gesellschaftlichen Lebens. Am besten kann man ihn vielleicht mit Meunier vergleichen. Und das ist das kräftige und tiefpathetische in seinen Worten: der schauerhafte Gegensatz zwischen jener Rolle der Arbeit die Welt zu ernähren und zu erhalten und dem greulichen Lebensschmerz und Lebenshohheit der Arbeiter selbst.

Dieser pathetische Charakter zeigt sich in den Tatsachen und einfachen Beschreibungen, nicht in irgendwelchen Argumentationen des Verfassers. Der Charakter von Hamp's Arbeit ist unpersönlich, wie die Arbeit Flauberts, wovon sie in geistiger Linie abstammt, unpersönlich ist. Nur in „l'Enquete“ nimmt der Autor in der Person des Soziologen, der diese Untersuchung leitet, manchmal selbst das Wort. Der beherrschte unermessliche Haß gegen den Kapitalismus, der ihn trieb und der heilige Zorn, der ihn begeisterte, kommt zum Ausdruck in der folgenden Betrachtung, welche man „das Gebet des Aufständischen“ nennen könnte, eine der wenigen Stellen in der Arbeit Hamp's, wo er lyrisch wird.

Die Augen auf den bleibenden Schatten durchbohrte der Untersucher mit einem Ausruf die Finsternis: O Licht!

Dann vereinsachte er:

— Gott — als Empörung anwesend in dem Elend der Welt. Indem er stand, war es ihm, als ob er emporschwam bis seine Stirn die Ewigkeit berührte.

Welcher Bertilger, göttlich erbarmungslos, wird kommen über diese Abscheulichkeiten. Ein Lebensgewimmel, worin das Leiden fortdauert. Ein Menschenkot, von Menschen bearbeitet. Und darin betet man laut zu dir, um die Gerechtigkeit nicht mehr reden zu hören. Gib diesen deinen Geist von Aufständigkeit und die Freude, lieber sterben zu wollen in furchtlosem Lachen, als unter Schluchzen und Flehen zu leben. Zu sterben, tausend der Gebungen, damit einer überlebe, hoch das Haupt, und das Geschlecht der Befreiten erzeuge, göttlich in eingesehter Gerechtigkeit.

Oder laß diese Welt stürzen durch eine jagende Himmelskugel. Bertilger, wenn wir für alle Ewigkeiten Seelendünger sind um das Gebet zu nähren, Leibesdünger um die Reichen zu mästen.

O Geist, träum eine Welt, in welcher nicht anders möglich ist als Gerechtigkeit oder der Tod.

Pierre Hamp, dieser scharfsichtige Geist, der das Wesen des Kapitals doch so gut erkannte, hat leider nicht zu denjenigen gehört, welche mit Merheim und Monatte dem revolutionären Sozialismus treu blieben, als die große Prüfung kam. Auch er ist erlegen! In seinen während des Krieges erschienenen Schriften — Zeitungsartikel zu zwei Broschüren verarbeitet — ruft er nicht auf zum Kampf gegen die eigne Bourgeoisie, aber zum Aufbieten der ganzen Volkskraft im Dienste der „nationalen Zwecke“. Der Nationalismus nahm bei ihm eine eigne Form an: die Verherrlichung der Arbeiter, welche in Nord-Frankreich ihre Arbeit in den Fabriken unter den Granaten der deutschen Kanonen fortsetzen und der Frauen, welche die schwerste Arbeit in der Munitionsfabrikation mit Edelmut leisteten. Auch während der Schlachten fuhr er fort die heroische Rolle der Arbeit zu würdigen. Aber nicht als revolutionärer Sozialist würdigte er sie, sondern als Nationalist.

Ueber Romain Rolland sprechen alle. Seine Arbeit ist in mehreren Sprachen übersezt, über sein Kommen und Gehen berichten die Zeitungen.

Pierre Hamp aber kennen außerhalb seiner Heimat nur wenige und sogar vor dem Kriege waren seine Werke in Paris nicht leicht zu erhalten. Und doch ist er als Schriftsteller unserer Ansicht nach Rolland gleich zu stellen.

Es ist nicht schwer zu fassen, weshalb der Ruf den Namen des Verfassers von „Jean Christophe“ soviel weiter getragen hat, als den des Darstellers der „Mühsal der Menschen“. Rolland ist ein Ideolog, ein typischer Künstler jener kleinen Gruppe von Intellektuellen, welche die brennenden Wahrheiten der imperialistischen Aera nicht sehen können oder sehen wollen und den kosmopolitischen Idealen einer vergangenen Periode treu bleiben. Mit eindringender liebevoller Intuition vertieft er sich in das Gemütsleben des Einzelnen aber von sozialem Denken und sozialem Begriff findet sich in seinen Arbeiten kaum eine Spur.

Hamp ist ein realistischer Denker, ein typisch-proletarischer Künstler. Er denkt völlig sozial, d. h. fortwährend fühlt er den Zusammenhang zwischen dem psychischen Leben der Menschen, ihrem Denken und Wirtschaften und den Arbeitsverhältnissen, den gesellschaftlichen Verhältnissen, in welchen sie leben. Für Degradation des Proletariats macht er die Bourgeoisie direkt verantwortlich. Und dies, mehr noch als die aufrichtige ungeschmückte Darstellung der Lebenshülle, die ihr Klasse-Egoismus schafft und verteidigt, ist mehr als die Bourgeoisie ertragen kann.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

# Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 29

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
:: Nummunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 21. Juli 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,  
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

## Inhalt:

Die demokratische Woge	217
Die kleinen Nationen und die Landesverteidigung	218
In den Krallen des französisch-englischen Imperialismus	219
Holland in Not	221
Aus unserm politischen Tagebuch	222
Feuilleton:	
Eine internationale Utopie	223
Ein Zwiegespräch	224

## Die demokratische Woge.

Verfassungskrise im Reich, Zusage des gleichen Wahlrechts in Preußen, ein neuer Reichskanzler, Vorbereitung eines Koalitionsministeriums mit parlamentarischer Kontrolle.

Uns scheint zwischen diesen Vorgängen ein Zusammenhang zu bestehen, und diese Auffassung wird sofort begründet durch die wiederholten Mahnungen zu schneller und gründlichem Arbeiten, die nach den spärlichen Mitteilungen über die Verhandlungen im Reichstagsauschuß erhoben wurden mit der Begründung, dadurch allein könne eine weitere Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden. In der Tat erweist sich hier wieder unsere Auffassung vom Parlamentarismus als richtig. Nicht die Zusammensetzung des Reichstages, nicht die Qualität der Reden, nicht die Geschicklichkeit der Männer, die als Vertreter des Volkes gelten, sind ausschlaggebend für den Lauf der Politik, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse der einzelnen Klassen und Gruppen draußen. Auch die Grundsätze der Verfassungen, die Bestimmungen der Geschäftsordnungen wirken nur solange, als sie der Machtgruppierung innerhalb des Volkes genügen. Deshalb konnte sich, als mit Ausbruch des Krieges alle wirkliche Macht auf das Militär überging und sich der Kriegspolitik kein erheblicher Widerstand entgegenstemmte, eine fast unbeschränkte Militärrherrschaft durchsetzen, gegen die alles Reden im Reichstage nichts half. So auch in der Verfassungsfrage.

Das Versprechen einer Neuorientierung war eine rein platonische Liebeserklärung an das Volk und, gewißigt durch die Erfahrungen mit dem Reformversprechen Friedrich Wilhelms des Dritten in den Jahren 1813 bis 1815, entsetzte man sich haß darüber, wie sich die Konfuln der Partei dem Genuß der Illusionen ergaben. Jede Debatte im Reichstag und in den Landtagen und Parlamenten der Einzelstaaten brachte neben schönen Reden stets eine der glatten Abfrage gleichkommende Betröstung

auf die Zeit nach dem Kriege. Bis dann die Volksstimmung stärker und stärker zum Ausdruck kam und immer deutlichere Zusagen erreichte, die nun sogar bis zum kaiserlichen Bekenntnis für das Reichstagswahlrecht in Preußen gediehen sind.

Aber damit sollte man ja wohl anerkennen, daß das Hamburger „Echo“ durchaus gerechtfertigt worden sei ob seines Sauchzens: Herrlichen Zeiten gehen wir entgegen, Großes ist schon geworden, Größeres wird werden! Es ist kein Zweifel, die letzte Woche hat die oft getäuschten Hoffnungen im Volke wieder mächtig ins Kraut schießen lassen. Klaren Kopf, hier wie überall! Was ist mit dem preußischen Wahlrecht? Fast schien es so, als wollte der Reichstag die Fragen der Landtagswahlrechte lösen. Das hätte eine klare Entscheidung bringen müssen. Der Reichstag hätte jetzt zeigen müssen, ob er wirklich eine gründliche Demokratisierung der Verfassungen in den Einzelstaaten und damit einen entscheidenden Schritt zur Reichseinheit wollte. Da kam, nachdem kurz vorher die Regierung in nicht mißverständlicher Weise das gleiche Wahlrecht abgelehnt hatte, das Versprechen, dem Landtage noch vor Ablauf seiner Legislaturperiode eine Vorlage auf Grund des Reichstagswahlrechts zu machen. An einem Kaiserwort soll man nicht drehen und deuteln. Nehmen wir also als bestimmt an, daß die Vorlage kommt. Schon jetzt rechnet man aus, daß eine sichere Mehrheit dafür vorhanden ist, wenn auch nur von wenigen Stimmen. Es wird mit den Nationalliberalen und dem Zentrum gerechnet, die in dieser Frage vollkommen unzuverlässig sind und die noch genug Zeit zur Abkühlung haben. Kommt Zeit, kommt Rat, sagen sich die Herren. Wird die Volksbewegung abflauen, dann kommt bei der Sache nichts als eine Scheinreform heraus.

So viel wir sehen, ist in der ganzen Presse auf diese Zusammenhänge nicht hingewiesen worden. Der Erfolg ist die Verschleierung der Dinge vor dem Volke. Die bürgerlichen Parteien empfinden mehr Furcht als Liebe zur Demokratie. Sie folgen dem Zwange der Stunde. Das einzige, was sie so plötzlich zu Volksmännern macht, ist die Hoffnung, die Regierungsmaschine dem Agrarierium und der schweren Industrie aus der Hand zu winden und das Handels- und mittlere Industriekapital ans Ruder zu bringen.

Durchsichtig zeigt sich das bei der Aktion zur angeblichen Parlamentarisierung der Reichsregierung. Da stoßen die Interessen schon heftig aufeinander. Gemeinsam war allem, bis auf die butterweichen Fortschrittler, der Wunsch, den Kanzler zu stürzen. Einig war man

F. Sennewald!